

Landesfachschule für Sozialberufe Hannah Arendt
Wolkensteingasse 1
39100 Bozen
Lfs.bz-sozialberufe@schule.suedtirol.it
Lfs.bz-sozialberufe@pec.prov.bz.it

Antrag auf einfachen Bürgerzugang

(Im Sinne des Art. 5, Absatz 2, des GvD Nr. 33 vom 14. März 2013, abgeändert durch das GvD Nr. 97 vom 25. Mai 2016)

Die/der unterfertigte *Nachname* _____
Vorname _____ geboren in _____
Prov. oder Staat _____ am _____
wohnhafte in _____ Anschrift _____ Nr. _____
Tel. _____ E-Mail _____
PEC: _____ in ihrer/
seiner Eigenschaft als _____ [\[1\]](#)

BEANTRAGT

angesichts



Fehlender Veröffentlichung

oder



unvollständiger Veröffentlichung

folgender Unterlagen/Informationen/Daten _____

die Veröffentlichung derselben gemäß den geltenden Transparenzbestimmungen im Bereich Transparente Verwaltung der Webseite der Agentur für Bevölkerungsschutz von der Autonomen Provinz Bozen, samt Mitteilung der erfolgten Veröffentlichung mit Angabe des entsprechenden Hyperlinks an die Antragstellerin/den Antragsteller.

Zu diesem Zwecke erklärt sie/er, dass die Übermittlung an folgende Adresse erfolgen soll:

- ☐ elektronische Anschrift / E-Mail _____
☐ PEC _____
☐ Postanschrift _____

(Bitte fügen Sie eine Fotokopie eines gültigen Erkennungsausweises bei. Der Erkennungsausweis muss nicht beigelegt werden, wenn der Antrag mit einer digitalen Unterschrift oder einer anderen Art von qualifizierter oder fortgeschrittener elektronischer Unterschrift unterzeichnet ist.)

[\[1\]](#) Die Eigenschaft ist dann anzugeben, wenn der Antrag im Namen einer juristischen Person gestellt wird.

Information gemäß Art. 13 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016

Rechtsinhaber für die Datenverarbeitung: Rechtsinhaber für die Datenverarbeitung ist die Direktorin Ulrike Egger der Landesfachschule für Sozialberufe „Hannah Arendt“, Wolkensteingasse 1, 39100 Bozen, E-Mail: lfs.bz-sozialberufe@schule.suedtirol.it
PEC: lfs.bz-sozialberufe@pec.prov.bz.it

Datenschutzbeauftragter (DSB): Der Direktor der Abteilung Bildungsverwaltung, Stephan Tschigg, Amba-Alagi-Straße 10, 39100 Bozen; E-Mail: stephan.tschigg@schule.suedtirol.it.

Zwecke der Verarbeitung: Die übermittelten Daten werden vom dazu befugten Verwaltungspersonal der Schule, auch in elektronischer Form, für institutionelle Zwecke in Zusammenhang mit dem Verwaltungsverfahren, zu dessen Abwicklung sie im Sinne von Art. 5, Absatz 1 des Gesetzesvertretenden Dekretes Nr. 33 vom 14. März 2013 angegeben wurden. Die mit der Verarbeitung betraute Person ist die Schulführungskraft (Verantwortlicher der Datenverarbeitung). Die Mitteilung der Daten ist unerlässlich, damit die beantragten Verwaltungsaufgaben erledigt werden können. Wird die Bereitstellung der Daten verweigert, können die eingegangenen Anträge und Anfragen nicht bearbeitet werden.

Mitteilung und Datenempfänger: Die Daten können anderen öffentlichen und/oder privaten Rechtsträgern zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen im Rahmen ihrer institutionellen Aufgaben mitgeteilt werden, soweit dies in engem Zusammenhang mit dem eingeleiteten Verwaltungsverfahren erfolgt. Die Daten können auch weiteren Rechtsträgern mitgeteilt werden, die Dienstleistungen in Zusammenhang mit der Wartung und Verwaltung des informationstechnischen Systems der Landesverwaltung und/oder der institutionellen Website des Landes, auch durch Cloud Computing, erbringen. Der Cloud Provider Microsoft Italien GmbH, welcher Dienstleister der Office365 Suite ist, hat sich aufgrund des bestehenden Vertrags verpflichtet, personenbezogene Daten nicht ohne die geeigneten Garantien laut Abschnitt V der Datenschutz-Grundverordnung 2016/679 außerhalb der Europäischen Union und der Länder des Europäischen Wirtschaftsraums (Norwegen, Island, Liechtenstein) zu übermitteln.

Datenübermittlungen an Drittländer: Bei diesem Auftrag werden keine Übermittlungen personenbezogener Daten an Drittländer durchgeführt.

Verbreitung: Ist die Verbreitung der Daten unerlässlich, um bestimmte von der geltenden Rechtsordnung vorgesehene Veröffentlichungspflichten zu erfüllen, bleiben die von gesetzlichen Bestimmungen vorgesehenen Garantien zum Schutz der personenbezogenen Daten der betroffenen Person unberührt.

Dauer: Die Daten werden so lange gespeichert, als sie zur Erfüllung der in den Bereichen Abgaben, Buchhaltung und Verwaltung geltenden rechtlichen Verpflichtungen benötigt werden. In den einschlägigen Rechtsvorschriften wird in der Regel eine Dauer von 10 Jahren festgelegt. Bei Veröffentlichungen von Daten im Zusammenhang mit Aufträgen an natürliche Personen für „Mitarbeiten“ (Beratungen, Studien, Forschungen, Referententätigkeiten usw.) sieht der Gesetzgeber in der Regel eine Frist von 5 Jahren vor.

Automatisierte Entscheidungsfindung: Die Verarbeitung der Daten stützt sich nicht auf eine automatisierte Entscheidungsfindung.

Rechte der betroffenen Person: Gemäß den geltenden Bestimmungen erhält die betroffene Person auf Antrag jederzeit Zugang zu den sie betreffenden Daten und es steht ihr das Recht auf Berichtigung oder Vervollständigung unrichtiger bzw. unvollständiger Daten zu; sofern die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, kann sie sich der Verarbeitung widersetzen oder die Löschung der Daten oder die Einschränkung der Verarbeitung verlangen. Im letztgenannten Fall dürfen die personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Einschränkung der Verarbeitung sind, von ihrer Speicherung abgesehen, nur mit Einwilligung der betroffenen Person, zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen des Verantwortlichen, zum Schutz der Rechte Dritter oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses verarbeitet werden.

Rechtsmittelbelehrung: Erhält die betroffene Person auf ihren Antrag nicht innerhalb von 30 Tagen nach Eingang – diese Frist kann um weitere 60 Tage verlängert werden, wenn dies wegen der Komplexität oder wegen der hohen Anzahl von Anträgen erforderlich ist – eine Rückmeldung, kann sie Beschwerde bei der Datenschutzbehörde oder Rekurs bei Gericht einlegen.

Recht auf Einreichung einer Beschwerde bei der Datenschutzbehörde

Die betroffene Person hat das Recht, bei unsachgemäßer Verarbeitung ihrer Daten eine Beschwerde bei der Datenschutzbehörde einzureichen.

Automatisierte Entscheidungsprozesse

Die Verarbeitung der Daten stützt sich nicht auf eine automatisierte Entscheidungsfindung.

Ort und Datum _____

Unterschrift der/des Antragstellerin/s _____